



## Nach Bundestagsanhörung: Waldbesitzer melden sich

### Beitrag

**Die Waldeigentümer und Familienbetriebe Land und Forst haben auf der Bundestagsanhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (EL-Ausschuss) am Montag in Berlin in einer gemeinsamen Stellungnahme eindringlich vor den politischen Risiken für den Wald gewarnt.** „Der Wald ist nicht nur immer stärker durch den Klimawandel bedroht, sondern zunehmend auch durch politische Initiativen, die die nachhaltige Waldbewirtschaftung regulieren wollen“, sagte AGDW-Präsident Andreas Bitter. Dazu zählten auf europäischer Ebene das EU Nature Restoration Law, die Taxonomie-Verordnung, RED III, die LULUCF-Verordnung, die EU-Waldstrategie und andere Vorhaben. „All diese Pläne zusammen genommen führen dazu, dass die nachhaltige Forstwirtschaft sowie die Produktion und Vermarktung des nachwachsenden Rohstoffs Holz erschwert würde“, so Bitter: „Hier muss dringend gegengesteuert werden.“

Auch auf nationaler Ebene drohe der Wald immer stärker unter den Druck politischer Vorgaben zu geraten. „Die Politik muss den notwendigen Waldumbau unterstützen und darf ihn nicht durch praxisferne Vorgaben erschweren“, forderte Bitter. Als Beispiel nannte er die diskutierte Beschränkung auf „standortheimische Baumarten“: „Wir wissen nicht, wie sich das Klima in den nächsten hundert Jahren entwickelt, wir müssen daher je nach Standort auch mit klimaresilienten Baumarten aus Übersee wie Roteiche oder Robinie arbeiten dürfen.“ Nur durch die Stärkung der Vielfalt im Wald und im Waldbesitz sei das Überleben der deutschen Wälder zu sichern. Insbesondere die Novellierung des Bundeswaldgesetzes und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sollten den Wald stärken und nicht versuchen, ein neues Ordnungsrecht zu etablieren. „Die nachhaltige Forstwirtschaft sorgt dafür, dass alle Ökosystemleistungen, einschließlich der Versorgung mit dem Rohstoff Holz, gesichert sind. Beschränkungen führen zu klimaschädlichen Verlagerungseffekten in Drittländer“, so Bitter: „Überregulierung hierzulande heißt Kahlschläge andernorts.“

Aktuell leiden die Waldbesitzenden extrem unter den Folgen der Klimakrise. Die Extremwetterereignisse, Käferkalamitäten und Waldbrände seit 2018 haben die Wälder in kurzer Zeit großflächig geschädigt oder sogar komplett zerstört. Die gravierenden Waldschäden und der notwendige klimaresiliente Waldumbau können von den Waldbesitzenden nicht aus eigener Kraft wirtschaftlich bewältigt werden. Die Kosten für den Waldumbau hat das Thünen-Institut auf bis zu 1,4 Mrd. Euro jährlich für die nächsten 30 Jahre beziffert.

**Bericht: AGDW – Foto: Hötzelsperger**



## Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft

## Schlagworte

1. agdw
2. Bayern
3. Berlin
4. Waldbesitzer
5. Weitere Umgebung